

Arbeitsblatt des
Stadtfreies Bocholt
amtlicher Anzeiger
des Stadtrats
von Bocholt
am 15. März 1927
Preis 10 Pf.
Verlag: J. H. H. H.
Bocholt

Volksblatt

Verlag: J. H. H. H.
Bocholt
am 15. März 1927
Preis 10 Pf.
Verlag: J. H. H. H.
Bocholt

Nummer 73

Dienstag, den 15. März

Jahrgang 1927

Sozialpolitische Differenzen.

Wenn es wahr ist, daß bei der Bildung der gegenwärtigen Regierungskoalition von einem Führer der Industrie getrieben worden ist, daß die Regierung Marx-Hergert der Industrie teuer zu stehen kommen werde, so ist zur Zeit festzustellen, daß die Partei, die in erster Linie industriellen und insbesondere schwerindustriellen Interessen Vorparolen zu leisten pflegt, sich mit Eifer der Aufgabe hingibt, der Verwirklichung der sozialpolitischen Absichten des Kabinetts, die in der Regierungserklärung angekündigt worden sind und zum Teil bereits ihren Niederschlag in Gesetzentwürfen gefunden haben, Hindernisse in den Weg zu legen. Seit Wochen laboriert man innerhalb der Koalitionsparteien an dem Arbeitszeitnotgesetz, ohne einen Weg der Verständigung finden zu können, und nun hat sich auch in den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages gezeigt, daß man auch über die seit langem geplante Erhöhung der Invalidenrenten nicht einig werden kann.

Was zunächst das Arbeitszeitnotgesetz anlangt, so handelt es sich dabei vor allem um den § 11 Absatz 3 des Regierungsentwurfs, der die Führung und Annahme freiwilliger Mehrarbeit zuläßt. Hiergegen richtet sich in erster Linie der Widerspruch der Gewerkschaften, und zwar der Gewerkschaften aller Richtungen. Die christlichen Gewerkschaften, die in allen an der Regierung beteiligten Parteien vertreten sind, lehnen den Entwurf und namentlich den vorstehenden Absatz des § 11 genau so ab wie die freien und die Christlich-Sozialen Gewerkschaften, und trotz des getrennten Vorgehens bewegt sich ihr Kampf gegen die Vorlage sachlich auf der gleichen Linie. Stegerwald hat vor einigen Tagen in einer in Fulda gehaltenen Rede gefordert, daß die „freiwillige Mehrarbeit“ über zehn Stunden täglich entlohnt werden müsse, oder mindestens so umgrenzt werden müsse, daß sie nur in vereinzelten Ausnahmefällen zulässig sei. Insbesondere solle für jede Überstunde, die über die tägliche achtstündige oder wöchentliche achtstündige Arbeitszeit hinausgeht, ein gesetzlicher Mindestlohn von 25 Prozent bezahlt werden. Aus Stegerwalds Ausführungen ergibt sich, daß Arbeiter und Angestellte bis zu 16 Stunden täglich, und zwar nicht nur an einzelnen Tagen, beschäftigt werden könnten. Die sonst noch von Stegerwald bezeichneten außer der „freiwilligen Mehrarbeit“ bestehenden fünfzehn Arten von Arbeitszeit, wobei im allgemeinen für diejenigen, die am schwersten arbeiten müssen, die längste Arbeitszeit bestünde, lassen die Mühen der Gewerkschaften nur allzu berechtigt erscheinen, zumal auch das Meer der Arbeitslosen vielfach Anlaß und Gelegenheit zu rüchlosigem Druck auf die beschäftigten Arbeiter gibt und deshalb den Gesetzgeber zwingt, Erdbeben der Willkür zu setzen, wo sie sich auf den „freien Willen“ zur Mehrarbeit stützen zu dürfen.

Wie die Dinge liegen, kommt es also darauf an, eine Einigung zwischen den Forderungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu finden. Wie sie gefunden werden kann, hat Stegerwald angedeutet. Aber alle Bemühungen, die Gegensätze innerhalb der Regierungsparteien zu überbrücken, sind bisher an der sturen Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert, die sich von dem Druck des hinter ihr stehenden großindustriellen Unternehmertums nicht freimachen mag.

Auch bei der Frage der Invalidenrenten gehen die Hauptinteressen der von der Deutschen Volkspartei aus. Ein Untersuchungsausschuss des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages hat sich drei Wochen lang vergeblich bemüht, zu einem Resultat zu kommen. Man hat schließlich den Untersuchungsausschuss wieder aufgelöst und die Sache erneut vor den Sozialpolitischen Ausschuss gebracht. Jetzt soll also hier versucht werden, zu den Vorschlägen der Opposition und zu den am Samstag dazu bekannt gegebenen Vorschlägen der Regierung eine gemeinsame Plattform wenigstens für die Regierungsparteien zu finden. Der Anfang dazu wurde am letzten Samstag gemacht, aber er war nicht vielversprechend. Es zeigte sich, daß die Deutsche Volkspartei für die Invalidenrenten herkömmlich wenig übrig hat.

Nach den Absichten der Regierung handelt es sich in der Hauptsache um Verringerung verschiedener Härten, insbesondere auf dem Gebiete der Witwen- und Waisenversorgung. Die Invalidenrenten selbst soll dadurch wenigstens teilweise eine Erhöhung erfahren, daß die Steigerungssätze in der Invalidenversicherung von einem gewissen Zeitabschnitt eine Verdoppelung bei der Rentenanziehung erfahren sollen. Die Vorschläge besagen im einzelnen:

1. Erhöhung der Zusatzleistung für die Zeit vor der Pensionierung um durchschnittlich 50 Prozent.
2. Gleichstellung der Grundrenten mit den jetzt laufenden Renten für die vor dem 1. April 1925 festgesetzten Hinterbliebenenrenten.
3. Gleichstellung der vor dem 1. Januar 1912 festgesetzten Invaliden- und Hinterbliebenenrenten mit den laufenden Renten.
4. Für den Bezug der Witwenrenten wird die jährliche Witwe der dauernd invaliden Witwe gleichgestellt.

Nach Ansicht des Zentrums reicht das in diesen Vorschlägen Gebotene nicht aus. Abg. Andre, der Vorsitzende der Partei im Ausschuss, sprach sich insbesondere für eine Erhöhung der Reichs- und

Stände zu den Invalidenrenten aus, wodurch sämtliche Rentenbezieher eine bescheidene Aufbesserung ihrer Bezüge erhalten würden. Hierzu wie zu der finanziellen Tragweite der Regierungsvorschläge muß sich nun freilich zunächst der Reichsfinanzminister äußern, zumal von volksparteilicher Seite behauptet wird, daß die Erhöhung der Reichsrenten um 100 Millionen Mark im Jahre erforderlich werde. Bei dem Widerstand der Deutschen Volkspartei gegen die Erhöhung der Invalidenrenten aber geht es tatsächlich nicht nur um die Deckungsfrage, sondern weit mehr um ihre grundsätzliche Einstellung zu den sozialpolitischen Tagesforderungen. Sie ist überhaupt die Partei, von der in der gegenwärtigen Regierungskoalition bislang die meisten Schwierigkeiten gemacht werden. Trotzdem braucht man die Hoffnung nicht aufzugeben, daß eine Verständigung der Regierungsparteien auslande kommt. Denn ein Verlagen der Koalition in sozialpolitischer Beziehung würde automatisch ihr Ende herbeiführen.

Stresemann wieder in Berlin.

Offizielle Bemerkungen zum Ergebnis von Genf.

— Berlin, 14. März. Heute nachmittag 5 Uhr traf der Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann in Begleitung von Staatssekretär v. Schubert und Ministerialdirektor Dr. Gauß von Genf kommend, wieder in Berlin ein. Im Namen des Reichskanzlers sowie der Reichsregierung begrüßte Staatssekretär Dr. Pander die ankommenden Herren. Des Weiteren hatten sich Ministerialdirektor Dr. Köpfe, Ministerialdirektor Dr. Zechlin und andere Herren des auswärtigen Amtes auf dem Bahnhofe eingefunden.

Die Blätter beschreiben sich — auf Grund besonderer Unterredungen nach der Rückkehr des Außenministers — zusammenfassend mit dem Verlauf und dem Ergebnis der Genfer Ratstagung und den Besprechungen, die außerhalb der Sitzungen zwischen den in Genf anwesenden Staatsmännern stattfanden. Zu der gleichen Ratstagung wird unterstrichen, daß die sehr befriedigende Art, in der die Frage der Danziger Angelegenheit verhandelt worden ist, nach dem Zeugnis des Senatspräsidenten Dr. Sahn mit in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß seit dem ersten Male in der Finanzkommission deutsche Finanzleute mitgewirkt haben. In der Frage der oberersekretariellen Schulen in Deutschland feindschafts von seinem Reichsstandpunkt abgewichen. Niemals wird in dem Bericht der Kommission, der von den Vertretern von drei Staaten stammt, ausdrücklich festgestellt, daß die Genfer Konvention in keinem Punkt von dieser Entscheidung berührt wird. Der praktische Erfolg der in Genf erreichten Entscheidung ist, daß in weit mehr als der Hälfte der stützigen 7000 Fälle den Kindern sofort die Schule eröffnet wird und für die übrigen die Entscheidung der Präsidenten Calonder und seiner schwerwiegenden pädagogischen Berater maßgebend sein wird. Polen ist dadurch gezwungen, die bereits eingeleiteten Maßnahmen auf diesem Gebiet zurückzugeben. Der Deutsche Volksbund hat durch seine Vertreter bereits erklärt, daß er von dieser Lösung durchaus befriedigt ist. In der Saarfrage war die

Stellung der deutschen Vertreter auch dadurch besonders schwierig, daß das saarländische deutsche Mitglied der Regierungskommission nicht selbst gegen die Vorschläge der Regierungskommission gestimmt, sondern sich seiner Stimme enthalten hat. Die Haltung der deutschen Delegation suchte zu vermeiden, daß der Völkerverbund auf frühere Beschlüsse festgelegt wurde. Sie hat erreicht, daß ein näher Termin für den Abzug der französischen Truppen festgelegt wurde, daß der Völkerverbund im Gegensatz zu den französischen Truppen nur der Regierungskommission untersteht, und daß er nur in außergewöhnlichen Fällen zu anderen Zwecken als zum Bahnschutz verwendet werden darf. Die Stärke von 800 Mann ist ausdrücklich als Maximalstärke festgelegt. Es wird unterstrichen, daß Dr. Stresemann in seinem hartnäckigen Kampf um die Saarfrage bis zur äußersten Grenze gegangen ist. Wenn dem Reichsaußenminister ein Wortwort aus seiner Erklärung gemacht wurde, daß er nicht auf Grund besonderer Funktionen, sondern auf eigene Verantwortung seine Entscheidung getroffen habe, so liegt Grund zu der Annahme vor, daß durch diese Versicherung dem fortwährenden Gerücht ein Ende gemacht werden solle, wonach die Verhandlungen durch Telegramme des Grafen Helldorf und andere Einflüsse beeinträchtigt wurden, die mit der neuen Zusammenfassung der Reichsregierung im Zusammenhang stehen. In der Besprechung neben der Ratstagung dürfte es gelungen sein, eine Basis zu finden, auf der die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen möglich ist. Im übrigen ist in diesen allgemeinen Besprechungen keinerlei Versuch gemacht worden, Deutschland in eine anti-russische Front einzufügen. Vielmehr kann gesagt werden, daß der deutsche Standpunkt und das deutsche Interesse einen Zusammenstoß zwischen den beiden Weltmächten England und Rußland unter allen Umständen zu vermeiden, überall Verständnis findet. Schließlich haben die Blätter noch als bedeutsam hervor, daß Deutschland den Zeitpunkt wählen werde, zu dem es seinen Anspruch auf die Konsequenz des § 431 des Versailleser Vertrages für die Räumung der Rheinlande anmeldet.

Das Urteil im Jürgens-Prozess.

Jürgens freigesprochen; 5 Monate Gefängnis für Frau Jürgens.

— Berlin, 14. März. Schon lange vor Beginn der heutigen Verhandlungen im Jürgens-Prozess war der Saal bis zum letzten Platz gefüllt. Ein hartes Aufgebot von Polizei hand in Felleisung, weil man kommunistische Straßendemonstrationen befürchtete. Die Umgebung des Gerichtsbauwerks ist von Polizei abgeperrt, um das Eindringen von Demonstranten zu verhindern. Vor dem Eingang des Verhandlungsraumes hielten sich die Menge, und es kam zu heftigen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Die vorgeführten strengen Kartentrollen durchzuführen. Das Ehepaar Jürgens, das sich nicht mehr in Haft befindet, hatte wegen des starken Andranges schon vorher auf dem Wege durch das Betretungszimmer der Richter den Verhandlungssaal betreten. Frau Jürgens machte einen verhältnismäßig ruhigen Eindruck, doch wurde ihr immerhin vorförmlich ein Krankenstuhl zur Verfügung gestellt.

Zunächst erhielt Oberstaatsanwalt Jordan das Wort zu einer längeren Rede, in der er erklärte, daß er an seinen Strafanträgen in vollem Umfang festhalten müsse. Der Meind der Frau Jürgens, zwei Kreditbetrugsversuche, die Schuld des Ehepaares beim Kolberger und Stargarder Versicherungsbetrieb und auch der Meinungs des Ehepaares Jürgens seien erwiesen.

Nach kurzen Ausführungen der Verteidiger erklärte der Angeklagte Jürgens in seinem Schlusswort: „Als am 24. Februar die Verhandlung eröffnet wurde, erlaube ich mir, darauf hinzuweisen, daß meiner Ansicht nach hier Justizirrtümer vorliegen, die im Interesse der Gerechtigkeit schnellstens aufgearbeitet werden müssen. Diesen Beweis habe ich bewiesen, hat die Hauptverhandlung erbracht. Jedes weitere Wort wäre zu viel.“ Nachdem sich dann noch Frau Jürgens den Ausführungen der Verteidiger angeschlossen hatte, zog sich das Gericht zur Urteilsberatung zurück.

Nach mehr als vierstündiger Beratung wurde gegen 7 Uhr abends folgendes Urteil verkündet: Die Angeklagte Marie Jürgens wird wegen Meind eines Monats Gefängnis zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gelten. Im

übrigen wird sie freigesprochen. Der Angeklagte Bernhard Jürgens wird freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens werden, soweit Freisprechung erfolgt ist, der Staatskasse auferlegt. Im übrigen der Angeklagten Marie Jürgens. Die dem Angeklagten Bernhard Jürgens erwachenden notwendigen Ausgaben werden der Staatskasse auferlegt.

Im Zusammenfassung löste die Urteilsverkündung für manche Beifallsbekundungen aus. Der Vorstehende forderte energisch, daß die Kundgebungen unterblieben.

Die Urteilsbegründung.

Landgerichtsdirektor Bombe erklärte in der Urteilsbegründung u. a., daß das Gericht den Meind der Frau Jürgens für erwiesen halte. Da die Angeklagte bei Befragung der Wahrheit sich eines Betruges gegen ihre Schwiegermutter bezichtigt habe, komme ihr die strafmildernde Wirkung des § 157 zugute. Für die einjährige Zuchthausstrafe sei daher eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten getreten. Die Hauptverhandlung habe bezüglich des in Star- gerd vorgeführten Einbruches und Ver- sicherungsbetruges nicht fobiel Material ergeben, um die Angeklagte dieser Tat zu überführen. Es brauche dabei nicht an einen Macheit der Kommunisten gedacht zu werden. Die glaubwürdige Aussage einer Nachbarin der Angeklagten habe das Gericht zu der Überzeugung gebracht, daß tatsächlich eine fremde Person in der Jürgenschen Wohnung war. Im Falle der Rüge liege die Sache genau so. Damit entfielen auch bezüglich des Ehepaares die Anschuldigungen der Teilnahme, der wissentlichen falschen Aufschuldigungen und des Betruges gegenüber dem Oberstaatsanwalt. Von den angeführten Kreditbetrügereien seien von 36 Fällen der Angeklagten nur drei übriggeblieben, die schon deshalb für eine Verurteilung ausreichen, weil eine Vermögensschädigung nicht hätte festgestellt werden können. Bezüglich des dem Angeklagten Jürgens vorgeführten Meindes habe die Verhandlung keinen Anhalt dafür gegeben, daß er in dem ihm zur Last gelegten Punkte schuldig sei. Es sei anzunehmen, daß der Ehegatte tatsächlich nichts von den Schulden seiner Frau gewußt habe. Bei seiner eifrigen Befragung über die Vermögenslage seiner Frau sei ihm zu glauben, daß er selbst von der Richtigkeit seiner Aussage überzeugt

war. Der Sachverhalt spreche hier für die Unschuld des Angeklagten. Die Urteilsverkündung wurde von beiden Angeklagten ohne ein Zeichen der Erregung angehört. Kleine Ansammlungen, die sich während des Nachmittags vor dem Gerichtsgebäude gebildet hatten, wurden von der Polizei leicht zerstreut.

Koalitionsfeindliche Quertreibereien.

Die Überlastung des Abgeordneten Esser.

Von unserer Berliner Redaktion.

— Berlin, 14. März. (Draht.) — Allmählich muß man sich schon daran gewöhnen, daß die linksgerichtete Oppositionspresse stets aus einer Reihe einen Elefanten macht, wenn es gilt, zuzugunsten der Regierungskoalition, die wir zurzeit im Reich haben, ein Gistränkchen zu mischen. Diesmal ist es der Abgeordnete Esser, der das Objekt abzugeben gezwungen wird, mit dem sich die demokratischen Berliner Blätter und auch einige Organe der Provinz in sensationeller Weise befassen. Besonders das „Berliner Tageblatt“ schießt den Vogel ab, wenn es davon spricht, daß die parlamentarische Lage sich über Sonntag grundlegend verändert habe, weil der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages noch keine Einigung über die Erhöhung der Invalidenrenten erzielt habe. Das gesamte Blatt glaubt nachstehende Schlussfolgerung ziehen zu können:

„Nur unter dieser Voraussetzung ist es zu verstehen, daß Abgeordneter Esser dem Fraktionsvorsitzenden erklärt hat, er beabsichtige den Vorsitz im Sozialpolitischen Ausschuss niederzulegen. Er hat diese Ansicht damit begründet, daß trotz vielfachiger Verhandlungen eine Verständigung innerhalb der Regierungsparteien einerseits, und mit der Regierung andererseits noch nicht habe erzielt werden können. In parlamentarischen Kreisen ist man heute der Auffassung, daß das Zentrum bezw. Herr Esser dadurch einen letzten Druck auf die Deutsche Volkspartei ausüben wolle. Jedenfalls ist man in Kreisen des Reichstages der Auffassung, daß wir am Beginn dieser Woche vor schweren Entscheidungen stehen, und daß die Grundlage der gegenwärtigen Regierungskoalition innerhalb der letzten 48 Stunden in einer Weise brüchig geworden ist, wie man es vor kurzer Zeit nicht hätte annehmen können.“

Demgegenüber stellen wir folgendes fest: Es bestätigt sich, daß der Abg. Esser den Vorstand der Zentrumsfraktion schriftlich gebeten hat, ihn von den Pflichten zu entbinden, die ihm der Vorsitz im Sozialen Ausschuss auferlegt. Diese Tatsache stützt sich darauf, daß Esser infolge der Erkrankung des Reichstagspräsidenten in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Reichstages sowie durch andere politische und parlamentarische Verpflichtungen sehr stark in Anspruch genommen ist. Der Fraktionsvorsitz hat aber Esser gebeten, die beiden Komter weiterzuführen. Sollte Esser trotzdem bei seinem Entschlusse bleiben, so wird die Zentrumsfraktion des Reichstages ein anderes Fraktionsmitglied als Vorsitzenden des Sozialen Ausschusses in Vorschlag bringen.

Wie man sieht, liegen die Dinge ganz einfach. Der Überfacher der jetzigen Koalition ist aber jedes Mittel recht, das zur Herausforderung von Verwicklungen auch nur im entferntesten geeignet zu sein scheint. Das gleiche Schauspiel erleben wir ja auch auf dem Gebiet der Außenpolitik, wo die Linkspartei seit einigen Tagen von einer Regierungskrise fesselt. Soweit wir unterrichtet sind, haben die Deutschnationen, obwohl sie von dem Genfer Kompromiß nicht gerade entzückt sind, doch keineswegs die Absicht, Herrn Dr. Stresemann die seltsame Schnur zu überreichen.

Der Finanzausgleich.

Preußen und andere Länder gegen den Antrag der Regierungsparteien.

— Berlin, 14. März.

Im Steueraussschuß des Reichstages wandte sich bei Beratung des vorläufigen Finanzausgleichs Ministerialdirektor v. Schacht gegen den Antrag der Regierungsparteien, nach dem aus dem Einkommen an Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Umsatzsteuer in den beiden Jahren der Uebergangsregelung je ein Betrag von 450 Millionen nach dem Umlageverhältnis verteilt werden soll. Er legte dar, daß diese Vorschläge im Widerspruch stünden mit dem Grundgesetz des Reiches, daß jedes Land drei Viertel des Einkommens seines Staatsgebietes an Einkommensteuer erhalten müsse. Der Vertreter Hamburgs, Staatsrat Zippmann, erklärte, daß sein Staat durch die Vorschläge der Regierungsparteien 3,6 Millionen Mark verlieren würde, während er 4,5 Millionen Mark gewinnen würde. Er erklärte, daß sein Staat durch die Vorschläge der Regierungsparteien 3,6 Millionen Mark verlieren würde, während er 4,5 Millionen Mark gewinnen würde. Er erklärte, daß sein Staat durch die Vorschläge der Regierungsparteien 3,6 Millionen Mark verlieren würde, während er 4,5 Millionen Mark gewinnen würde.

Preussischer Finanzminister Dr. Höpfer-Maschoff teilte die grundsätzlichen Bedenken Sachens über die Verteilung nach dem Umlageverhältnis. Die Ueberweisung von 2,6 Milliarden bedeute nicht etwa ein „großes Geschenk“ an die Länder. Wenn der bisherige Zustand aufrechterhalten worden wäre mit seiner Aufschlaggarantie für die Umlagesteuer, würden die Länder noch mehr erhalten haben. Preußen habe durch die Senkung der Grundsteuer, Erhöhung des Wohnungsgeldes anlässlich der Reichsteilung, Verringerung des Zuschlages zur Grundsteuer und durch etwaige Verringerung der Grundsteuer eine Verringerung der Einnahmen von 1,6 Milliarden; dem stünde nach der gegenwärtigen Fassung des Finanzausgleichs nur eine Verringerung von 52 Millionen gegenüber. Die Grundsteuer mache einen

Maßnahmen für die
schwierige Lage des
Beseitigung der Aus-
beratung auf Dienst-

Brefse

sönlichkeiten in Be-
r gebliebenen juri-
igkeiten verfügen,
legen, sondern auch

gab dem Minister
st. sich über einzelne
l. Wir heben aus
es hervor. So er-
den Wunsch teilt,
chterliche Beamte
n.

steht auf diesem
Rechtsausfluß
überstanden erklärt.
noch in dieser Rich-
Beschluß erhoben.
in die Disziplinar-
bedeutsamen
nicht nur für die
gen, sondern auch
ngen zwischen
Richterschaft.

um Amt von
neuen

den des Justizmini-
ster von Angehöri-
gen Punkte besteht
sofern, als in den

r eine geringe
solchen neblige offi-
zierung dieses Amtes
ungen verbunden
daß etwa ein Arzt

dem monatelangen
Ärte mitzuwirken
gen auf finanziel-
lenn er so lange
! Bos übrigens

gerade dieses in
srisse in der Zu-
sammenrichtern wäre
Vertrautheit
wert. Die Ent-

hater“
Sunft ihre Wurzel
muß also auch die
mit herabflutende

...apparates“
der Stenotypen

Es kann keinem
daß er sich als

Welche eine Ueber-
gränzen bedeuten
russisch

„aufgezogen“
 hen auf eine an-
 Versorgung der

...elekt. Hinsicht wa-
ge Fortschritte zu
nisse sogar bereits
urm". Selbstver-
das Ziel hinaus

sch in Etho-
e umzuwandeln.
umpunkt des Mi-
en" einen Besuch
s Inaugenschein-

sch das erfreuliche
bestreben hat, ein
Justizverwaltung

mit ein Mann von
zügigen Reform-
en eingezogen ist.

Die Beleidigerin
Sie bezeichnete
ihren Mann in der
Anklage umgekehrt

hen Flotte

bet aus Schang-
en Flotte in den

Dang, hat in
ben, daß er sich
e, alle Offiziere
geordnete wurden

des Flaggschiffes
 Flagge des
 Die Flotte be-
 besteht aus vier

ronenbooten. Die
Geldmangels seit
heißt, daß der
Kampf bedacht ist.

Erfragt die Zahl
Schiffe 22.

Extremisten

Sieg über die
glorierung davon-
wird sich unver-

Ein weiterer Ex-
gangstheiß ge-
sten sind verab-



Gegen
rauhe, spröde Haut

Statt jeder besonderen Anzeige.
Nach Gottes heiligem Willen entschlief heute morgen
9 1/2 Uhr unser herzenguter, treusorgender, unvergesslicher
Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager u. Onkel,
der Zimmermeister

Josef Hülskamp

nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenen Leiden
im 70. Jahre seines arbeitsreichen Lebens. Nach einem wahr-
haft christlich-frommen Lebenswandel, versehen mit den
heiligen Sterbesakramenten, folgte er seiner am 16. Januar d. J.
verstorbenen Gattin.

Um stille Teilnahme und ein andächtiges Gebet für den
teuren Verstorbenen bitten

in tiefer Trauer:

Franziska Hülskamp
Karl Hülskamp
Auguste Rüter geb. Hülskamp
Regina Hülskamp
Josefa Meyermann geb. Hülskamp
Eduard Hülskamp
Toni Hülskamp geb. Radhauer
Franz Rüter
Karl Meyermann
Emilie Hülskamp geb. Frenke
und 6 Enkelkinder.

Bocholt, Münster, den 13. März 1927.

Das feierliche Seelenamt findet statt am Mittwochmorgen 8 1/2 Uhr
in der St. Georgskirche, anschließend die Beerdigung vom Trauerhause,
Nordwall 84, wozu freudl. eingeladen wird. ck1661



Statt besonderer Anzeige.

Heute Mittag 12,30 Uhr verschied gott-
ergeben unsere liebe, gute Schwester, Schwä-
gerin und Tante

Katharina Jürgens

Sie starb, oft gestärkt in ihrem Leiden
durch die heilige Kommunion, im Alter von
fast 75 Jahren, von denen die Hälfte der
treuen Sorge um den Haushalt ihres geist-
lichen Bruders galt.

Ihre Seele wird dem Gebete der Prie-
ster und Gläubigen empfohlen.

Sie ruhe in Frieden!

Bocholt, den 14. März 1927.

Im Namen der Angehörigen:
Jürgens, Pfarrer.

In Bocholt (St. Joseph) ist am 17. März, 8.15
Uhr, das Seelenamt, in der Heimat-Beckum am 18.
März, 9.30 Uhr, vom St. Elisabeth-Hospital aus die
Beerdigung mit nachfolgendem Seelenamt.



Nachruf

Am Sonntag morgen verschied
nach kurzer, schwerer Krankheit
unser allverehrter Chef und
Meister

Herr

Josef Hülskamp

Er war uns stets ein gerechter,
wohlwollender Vorgesetzter und ein
schönes Vorbild treuer Pflicht-
erfüllung, dessen Andenken immer
in uns fortleben wird.

Die Gesellen u. Lehrlinge
der Firma
Josef Hülskamp.



Das Jahres-Seelenamt
für die verstorbenen Eheleute
Fabrikbesitzer

Julius Lefert

findet statt am Mittwoch, den
16. März, morgens 8 vor 8 Uhr,
in der St. Georgiuspfarrkirche,
wozu frdl. eingeladen wird.

Seelenamt für die verstorbenen Eheleute
Fabrikbesitzer
Julius Lefert
findet statt am Mittwoch, den
16. März, morgens 8 vor 8 Uhr,
in der St. Georgiuspfarrkirche,
wozu frdl. eingeladen wird.

T. u. B. Bocholt.

Dienstag, abends

8 Uhr

Monats- Versammlung

Wichtige Tagesord-
nung. Alle Traktanten
müssen abgegeben
werden.

Der Vorstand.

Freitag nachmittags
von 2 Uhr an ist
von einem fetten
Schwein

Fleisch

zu haben, das Pfd.
zu 0,95 Mk., bei
Seinrich Terobbe,
Dingdewer Chaussee,
Wittichstraße 14.

15-20 Zentner

Speise- Portofleisch

zu kaufen geflügt,
Gänse, Enten,
Böckchen.

Schweinefleisch
Vollst. netto 9 Pfd.
M. 4.20, 30 u. 50 Pfd.
Rohschinken Pfd. 0.45.
Schweinefleisch mit
bitter durchwachsenen
Fleisch, Pfd. Vollst.
netto 9 Pfd. M. 5.30,
3 Pfd. rote Rucelkese
M. 4.60, 9 Pfd. bän.
Schweinefleisch 10.70
200 Stück Harzerkale
M. 4.40 ab Korkort.
Nachnahme, Carl
Kamm, Korkort
Bocholt, Nr. 313 A.

Haus

möglichst Mitte der
Stadt zu kaufen ge-
flüht. (Wohnung im
Zentrum der Stadt
kann in Tausch ge-
geben werden.)
Näh. Geschäftsstelle.

Eine

Ein- oder Zweifamilienhaus.

halbtags freierabend,
preiswert gegen bar
zu kaufen oder ab-
geschlossene
Vierzimmerwohnung
(entw. aus 3 Räume
und 1 Mansarde)
preiswert zu mieten.
Off. u. N. 482 an
die Geschäftsstelle.

Eine

Glutze

mit Rücken zu ver-
kaufen, daselbst
Kappas, Woll-
und Halbwollstoffe
zu haben.
Herrn Joh. Fischer,
Frankenstr. 29,
b. Guten Hirten.

Gründl.

Klavier- unterricht

erteilt. Die Stunde
1,50 Mark.
Näh. Geschäftsstelle.

Ist Bohnenkaffee schädlich?

Die einen sagen „ja“, die andern sagen „nein“.
Was sollen Sie nun glauben?

Sie brauchen sich um diese Frage garnicht
mehr zu kümmern, wenn Sie Kathreiners Malzkaffee
nehmen. Der ist bestimmt gesund. Jeder Arzt wird
es Ihnen gern bestätigen.

Und was doch heute auch sehr wichtig ist:
1 Pfundpaket kostet nur 50 Pfg.

Wenn Sie Kathreiners Kneipp-Malzkaffee
noch nicht kennen sollten, so probieren Sie ihn bitte
einmal eine Woche lang. Er wird auch Ihnen sehr
gut schmecken.

33 Millionen Tassen „echter Kathreiner“ werden
täglich allein in Deutschland getrunken! Wie gut muß er sein!

Hausfrauen!

Am Mittwoch, den 16. März 1927, abends 8 Uhr
findet im Saale des „Bürgerkrug“, Bocholt

ein Demonstrations-Vortrag „Die Elektrizität im Haushalt“

mit Erläuterung und Vorführung zahlreicher Apparate von
Frau Baurat Ehrenseller-Merckel aus Hamburg statt.

Eintritt frei!

Verband deutscher Elektro-Installationsfirmen E. V.
Ortsgruppe Bocholt-Borken. ck1440

Offene Stellen Stellenwechsel

Stellenvermittlung

für alle besseren weiblichen Be-
rufsarten in Haus, Familie und
Schule (auch für männl. Berufs).

Die Anzeigen-Annahme für das
bekannte Familienblatt

Daheim.

das über ganz Deutschland und
angrenzende Gebiete stark ver-
breitet ist und Anzeihen und Nach-
frage rasch und sicher zusammen-
führt, befindet sich in unserer

Redaktionsstelle
Karlshofstraße Nr. 14.

Das Publikum hat nur nötig, die
Stellen-Anzeigen (Angebote oder
Gesuche), Benachrichtigungen und
Gebühren vfm. bei uns abzugeben
und die Gebühren (kein Vorbehalt)
zu entrichten. Die Expedition er-
folgt prompt und reibungslos, ohne
Sorgen für den Besteller, dem wir
damit jede weitere Mühe ersparen
können.

Die Anzeigenpreise im Daheim
sind im Vergleich zur großen Auf-
lage niedrig und betragen gegen-
wärtig für die einseitige Druck-
zeit (7 Seiten) für Stellen-Anzei-
gen 80 Pfg., für Gebuche 60 Pfg.,
fürige keine Anzeigen Am. 1.-
Wir empfehlen, die Anzeigen mög-
lichst frühzeitig aufzugeben.
Die Redaktionsstelle
des Bocholter Volksblattes.

Mütter!

Gibt Euren Kindern
Lebertran-Emulsion
aus der Drogerie Bruns.
Bewährtes kochenbildendes Nähr- u.
Kräftigungsmittel.
Drogerie Bruns, Bocholt.

Bei Sterbefällen verlange man:

**Fernruf
178**

Herr Kemper, Sudwall 26
**Sargmagazin
Kompl. Bestattung.**

SAMEN

Alle Gärten- und Feldsämereien sowie
Erbsen, Bohnen, holländische und weis-
selnische große Bohnen, Runkeln, Möhren,
Sedrüben, Blumen, Spargel, Serr-
della, Ake und Grassamen in Sorten
empfehlen

Samenhandlung Johann Gierke,
Karolingerstraße,
bei der Hofkirche.



Alle Mittel waren erfolglos. Da machte ich
Schwammseifen mit
Dermatopon Medisat
in 3-4 Tagen diesen verschwinden.
Reichen, Gurgelwasser, St. M. - 50%,
verfügt am 1.- Sur Nachbehandlung in der
1.- Creme besonders zu empfehlen. Zu haben
in allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Zwei tüchtige

Beretreter

für Bocholt und Umgegend
für meine dort eingeführten Semi-Emulsi-
onen gegen hohe Provision gesucht. Täg-
liche Verdienstmöglichkeit 10-15 RM. Bei
guter Arbeit wird außerdem noch ein Fixum
gewährt.

Anfragen an
C. Kertmann, Oberhausen (Rhtd.).
Kaiserstraße 143.

Apollo-Theater

Ein herrliches Programm!

Dienstag
Mittwoch
Donnerstag

Das vorzügliche Zeitbild:

Die drei Mannequins

Ein herrlicher Film aus der Confection
von Liebesleid und Liebesleid.

In den Haupt- und Titelfiguren: die
lieblichen netten Helga Molander,
die lustige frische Elisabeth Winkler,
und die reizende Gert Heid.

In der weiteren Rollenbesetzung:
Hans Albers, Lydia Potechina, Hans
Brausewetter, Paul Morgan,
Hermann Blaha u. a. m.

2.

Hoot Gibson,

der wilde Reiter der kalifornischen
Berge

in dem spannenden Sensationsfilm:

In letzter Minute

6 Akte der großen Sensationen und
der tollsten Einfälle.

3.

Darryl Semon
in dem Lustspiel:

Der Oberkonfusionsrat

2 Akte.

Badeleben in Bad Salzullen

Freder B

Freiwillige
des Bundes
von Bürgerweil
Intern und
des Freies Wort

Organ
der Zentrums

Nummer

Die franz

t

Die französischen

Teil, welcher die R

berücksichtigt die R

göschten Kammer gef

aufgeordnet ist

nicht etwa erst in den

sondern gehen bereits

mindestens 4 Jahren

stärkungsbefähigt

Robilierung

schon Nation bil

der auf der anderen

der Dienstzeit a

tert wird. Man hat

Robilierungsplan

pierung der Armee

vorgelegen. Auch

denkpflichtige

Jahre, die beabsich

geren Zeitraum, hier

stärkungsbefähigt

die Truppe

Kriegsplan bring

bilisationszentren ein

die organisatorische

ganges ob, wie auch

der Reserve. Das

zirkel eingeteilt, von

enthält. Nach dem

zahl der Berufsmilit

die sich über die gele

dienst verpflichtet, vo

Dazu kommen 15 000

neue Militärs, der

die Verwaltungsarbeit

beim Heere vorzunehm

erhaltung der inne

Gendarmerie

im ganzen auf 15 000

militärisch organisiert

der französischen Arm

ein festes Kontingent

Jahre erneuert wird.

Mann Berufsmilitär

und Zivilbeamten und

in der Armee ist vor

schieden, sie allein ist

des Mutterlandes vor

ganisation. Ihre Ori

gegeben von der Her

das Wesentliche der n

stärkungsbefähigt

fähige Franke

kriegsfähig sein.

tober von 105 000 Be

auf 20 Bezirke verteil

ungen Leute vom 21.

militärisch ausgebildet

dann so organisiert, d

Verpflichtungen einget

rufsbefähigten und Ver

akt in den anderen

für einen Krieg mobil

bilisationskräfte wiebe

des französischen B

1 Jahr aktiver Dienst

Nach der Reserve in

Eingehung der Ref

zwar im Mai und

Jahres. Der Ref

gen eingezogen und

die Ref

gelehen. Der b

offiziers bleibt unange

in seiner Spezial

Truppe.

Das sind im große

der neuen französi

Zweifel in ihrer Gefa

wird. Es ist bemerke